

Haushaltskonten

5
1/2 kg
balle Crème
1,99 € la pièce





Einführung: Wohlstandsmessung

Ein wesentliches Ziel der Regionalstatistik ist die Messung des Wohlstands der Regionen. Dies interessiert besonders als Ausgangspunkt für Politikmaßnahmen, die die Förderung weniger wohlhabender Regionen zum Ziel haben.

Der am häufigsten verwendete Indikator zur Messung des Wohlstands von Regionen ist das regionale Bruttoinlandsprodukt (BIP). In der Regel wird das BIP in Kaufkraftstandards (KKS) je Einwohner ausgedrückt, um die Daten zwischen Regionen verschiedener Größe und verschiedener Kaufkraft vergleichbar zu machen.

Das BIP ist die wertmäßige Summe der Waren und Dienstleistungen, die in einer Region von den dort beschäftigten Personen produziert wird, abzüglich der erforderlichen Vorleistungen. Allerdings haben vielfältige interregionale Verflechtungen sowie staatliche Eingriffe zur Folge, dass das in einer Region erwirtschaftete BIP nicht mit dem Einkommen übereinstimmt, das den Bewohnern dieser Region letztlich zur Verfügung steht.

Das regionale BIP je Einwohner als Wohlstandsindikator hat die unerwünschte Eigenschaft, dass man eine arbeitsplatzbezogene Zahl (das in der Region erwirtschaftete BIP) durch eine wohnortbezogene Zahl (die in der Region wohnhafte Bevölkerung) dividiert. Sobald es einen Pendlersaldo gibt, also mehr oder weniger Menschen in einer Region arbeiten als wohnen, beeinflusst diese Inkonsistenz die Ergebnisse. Das auffälligste Beispiel ist die britische Region Inner London, die das mit Abstand höchste BIP je Einwohner in der EU aufweist. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass den Einwohnern derselben Region auch ein entsprechend hohes Einkommen zufließt, da jeden Tag Tausende Erwerbstätige nach London pendeln, um dort zu arbeiten, aber in den angrenzenden Regionen wohnen. Andere Beispiele sind Hamburg, Wien, Luxemburg, Praha oder Bratislava.

Abgesehen von den Pendlerströmen können noch andere Faktoren dazu führen, dass die regionale Verteilung des tatsächlichen Einkommens nicht mit der des BIP übereinstimmt. Dazu gehören z. B. Einkünfte aus Mieten, Zinsen oder Dividenden, die Bewohnern einer bestimmten Region zufließen, aber von Bewohnern anderer Regionen gezahlt werden.

Ein genaueres Bild der wirtschaftlichen Situation einer Region ist daher nur zu erhalten, wenn man zusätzlich zum BIP das den privaten Haushalten per Saldo zufließende Einkommen betrachtet.

Einkommen der privaten Haushalte

In marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften mit staatlichem Umverteilungsmechanismus unterscheidet man zwei Stufen der Einkommensverteilung.

Die primäre Verteilung gibt das Einkommen der privaten Haushalte an, das sich unmittelbar aus dem Marktgeschehen, also dem Kauf und Verkauf von Produktionsfaktoren und Gütern ergibt. Hier sind vor allem die Arbeitnehmerentgelte, d. h. Einkommen aus dem Verkauf des Produktionsfaktors Arbeit, zu nennen. Zudem können private Haushalte Vermögenseinkommen beziehen, insbesondere Zinsen und Dividenden sowie Pachteinkünfte. Schließlich entsteht auch Einkommen als Betriebsüberschuss bzw. Einkommen durch selbstständige Tätigkeit. Negativ auf der Stufe der primären Verteilung schlagen für die Haushalte etwa zu zahlende Zinsen und Pachten zu Buche. Den Saldo all dieser Transaktionen bezeichnet man als **Primäreinkommen** der privaten Haushalte.

Das Primäreinkommen ist Ausgangspunkt der sekundären Einkommensverteilung, die den staatlichen Umverteilungsmechanismus abbildet. Zum Primäreinkommen kommen nun alle monetären Sozialleistungen und Transfers hinzu. Aus ihrem Einkommen müssen Haushalte Steuern auf Einkommen und Vermögen zahlen, Sozialbeiträge entrichten und Transfers tätigen. Der Saldo, der nach diesen Transaktionen übrig bleibt, wird als **verfügbares Einkommen** der privaten Haushalte bezeichnet.

Bei einer Analyse der Haushaltseinkommen muss zunächst entschieden werden, in welcher Einheit die Daten ausgedrückt werden sollten, um Vergleiche zwischen Regionen sinnvoll zu machen.

Für die Zwecke des interregionalen Vergleichs wird das regionale BIP im Allgemeinen in Kaufkraftstandards (KKS) ausgedrückt. Das Ziel ist, einen aussagefähigen Volumenvergleich zu ermöglichen. Entsprechend sollte mit den Einkommensgrößen der privaten Haushalte verfahren werden. Daher werden diese mit spezifischen Kaufkraftstandards für Konsumausgaben umgerechnet, die als Kaufkraftkonsumstandards (KKKS) bezeichnet werden.



Ergebnisse für das Jahr 2007

Primäreinkommen

Karte 5.1 vermittelt einen Überblick über das Primäreinkommen in den NUTS-2-Regionen der 24 hier betrachteten Länder. Es zeigen sich deutliche Zentren des Wohlstands in Südengland, Paris, Norditalien, Österreich, Madrid und Nord-Ost-Spanien, Vlaams Gewest, den westlichen Niederlanden, Stockholm sowie in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Klar erkennbar ist auch das Nord-Süd-Gefälle in Italien und das West-Ost-Gefälle in Deutschland, während die Regionalverteilung in Frankreich relativ homogen ist. Auch im Vereinigten Königreich ist ein Süd-Nord-Gefälle festzustellen, wenn auch in geringerem Maße als in Italien und Deutschland.

In den neuen Mitgliedstaaten fallen als Regionen mit relativ hohem Primäreinkommen vor allem die Hauptstadtregionen auf, insbesondere Bratislava (105 % des EU-27-Durchschnitts) und Praha (98 %). Auch Zahodna Slovenija und Közép-Magyarország (Budapest) weisen Werte von mehr als 75 % des EU-Durchschnitts auf. Alle tschechischen Regionen außer Praha sowie 13 weitere Regionen neuer Mitgliedstaaten weisen ein Primäreinkommen der privaten Haushalte von mehr als der Hälfte des EU-Durchschnitts auf. In den übrigen Regionen der neuen Mitgliedstaaten liegen die Werte unter 50 % des EU-Durchschnitts.

Die Spannweite der regionalen Werte reicht von 3 406 KKKs je Einwohner in Severozapaden (Bulgarien) bis 34 842 KKKs in der britischen Region Inner London. Unter den zehn Regionen mit dem höchsten Einkommen je Einwohner finden sich fünf britische und drei deutsche sowie jeweils eine französische und eine belgische Region. Eine deutliche Konzentration der Regionen mit den höchsten Einkommen im Vereinigten Königreich und Deutschland lässt sich auch beobachten, wenn man die Betrachtung auf die ersten 30 Regionen der Rangfolge erweitert: In dieser Gruppe finden sich elf deutsche sowie sechs britische Regionen, ferner jeweils drei Regionen in Italien und Österreich, jeweils zwei in Belgien und in den Niederlanden sowie jeweils eine Region in Frankreich, Spanien und Schweden.

Es überrascht nicht, dass sich unter den 30 Regionen am unteren Ende der Rangfolge ausschließlich Regionen der neuen Mitgliedstaaten befinden; es handelt sich dabei um zwölf von 16 polnischen, alle sechs bulgarischen, sieben von acht rumänischen, vier ungarische Regionen und eine slowakische Region.

Die Spannweite zwischen der EU-Region mit dem höchsten sowie der mit dem niedrigsten

Primäreinkommen wies 2007 einen Faktor von 10,2 auf. Im Jahre 2000, also sieben Jahre vorher, betrug dieser Faktor 14,7. Es lässt sich also über den Zeitraum 2000-2007 eine beträchtliche Abnahme des Abstands zwischen dem oberen und dem unteren Ende der Verteilung feststellen. Diese positive Entwicklung ist zu einem Teil auf den wirtschaftlichen Aufholprozess in Rumänien und Bulgarien zurückzuführen.

Verfügbares Einkommen

Ein Vergleich des Primäreinkommens mit dem verfügbaren Einkommen (Karte 5.2) zeigt den nivellierenden Einfluss der staatlichen Eingriffe. Dadurch erhöht sich das relative Einkommensniveau insbesondere in einigen Regionen Italiens und Spaniens, im Westen des Vereinigten Königreichs sowie in Teilen Ostdeutschlands. Ähnliches gilt für die neuen Mitgliedstaaten, insbesondere Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Polen. Allerdings fällt die Nivellierung der privaten Einkommen in den neuen Mitgliedstaaten meist schwächer aus als in den EU-15-Ländern. Trotz staatlicher Umverteilung und sonstiger Transfers behalten die meisten Hauptstadtregionen ihre herausgehobene Stellung mit dem höchsten verfügbaren Einkommen des jeweiligen Landes.

Die Spannweite der regionalen Werte reicht von 3 575 KKKs je Einwohner in Severozapaden (Bulgarien) bis 24 733 KKKs in der britischen Region Inner London.

Von den zehn Regionen mit dem höchsten verfügbaren Einkommen je Einwohner befinden sich je vier im Vereinigten Königreich und in Deutschland sowie je eine in Frankreich und Italien. Die Region mit dem höchsten verfügbaren Einkommen in den neuen Mitgliedstaaten ist Bratislavský kraj mit 13 749 KKKs je Einwohner (93 % des EU-27-Durchschnitts), gefolgt von der Region Praha mit 13 180 KKKs (90 %).

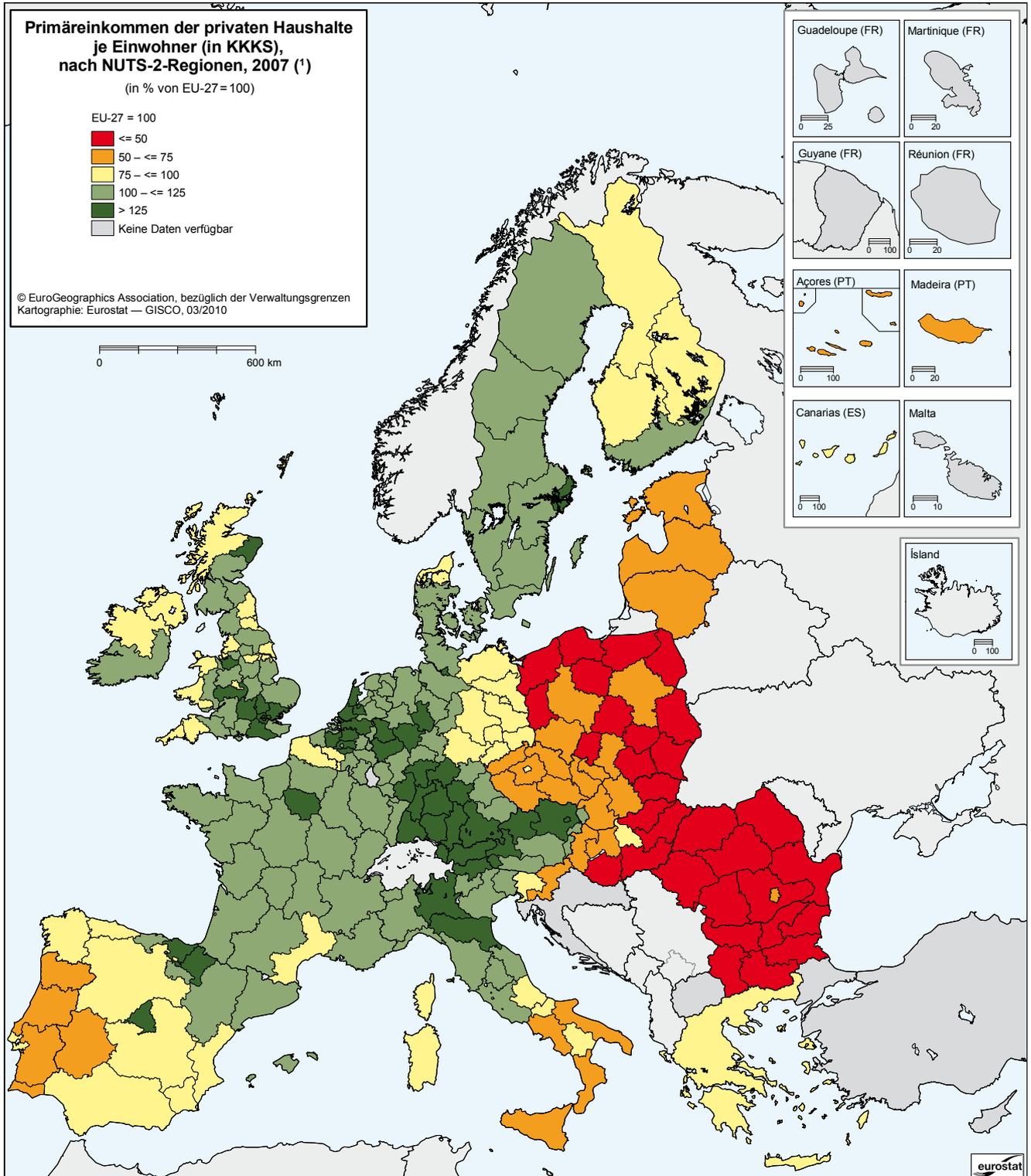
Auch wenn man die Betrachtung auf die ersten 30 Regionen der Rangfolge erweitert, zeigt sich eine deutliche regionale Konzentration: Es finden sich zwölf Regionen in Deutschland, sechs im Vereinigten Königreich, fünf in Österreich, drei in Italien, zwei in Spanien sowie jeweils eine Region in Belgien und in Frankreich.

Das untere Ende der Verteilung ähnelt der des Primäreinkommens: Unter den letzten 30 Regionen finden sich neun polnische, sieben rumänische, sechs bulgarische Regionen, fünf ungarische Regionen und eine slowakische Region sowie Estland und Lettland.

Durch die staatliche Aktivität sowie sonstige Transfers vermindert sich die Spannweite zwi-



Karte 5.1: Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner (in KKKs), nach NUTS-2-Regionen, 2007 ⁽¹⁾
(in % von EU-27=100)

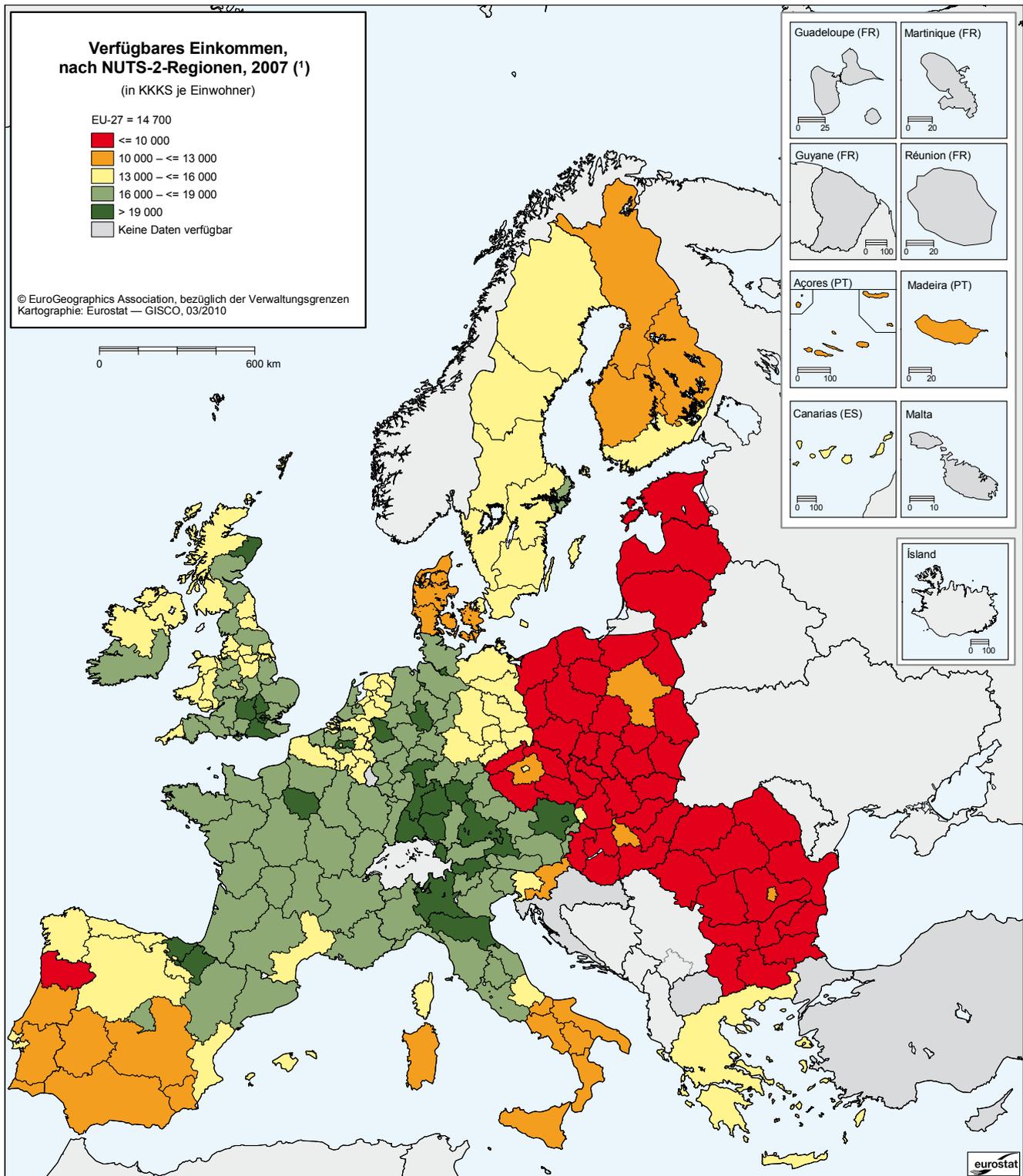


⁽¹⁾ EU-27 und Belgien, Eurostat-Schätzung; Griechenland, nationale Ebene.

Quelle: Eurostat ([reg_ehh2inc](#)).



Karte 5.2: Verfügbares Einkommen, nach NUTS-2-Regionen, 2007 ⁽¹⁾
(in KKKS je Einwohner)



⁽¹⁾ EU-27 und Belgien, Eurostat-Schätzung; Griechenland, nationale Ebene.

Quelle: Eurostat ([reg_ehh2inc](#)).



schen dem höchsten und dem niedrigsten regionalen Wert der hier behandelten 24 Länder also deutlich von einem Faktor von etwa 10,2 auf 6,9.

Beim verfügbaren Einkommen zeigt sich im Laufe der letzten Jahre eine signifikante Tendenz zu einer Verminderung der regionalen Spannweite: Zwischen 2000 und 2007 sank der Faktor zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert von einem Faktor von 11,1 auf 6,9. Wie beim Primäreinkommen wurde diese positive Entwicklung zum Teil durch den wirtschaftlichen Aufholprozess in Rumänien und Bulgarien ausgelöst

Zusammenfassend ist demnach festzustellen, dass sowohl beim Primäreinkommen als auch bei dem durch staatliche Eingriffe und sonstige Transfers beeinflussten verfügbaren Einkommen zwischen 2000 und 2007 eine deutlich messbare Verringerung der Spannweite zwischen den regionalen Extremwerten eingetreten ist.

Die regionale Spannweite der verfügbaren Einkommen innerhalb der einzelnen Länder ist natürlich erheblich niedriger als für die EU insgesamt, weist aber dennoch von Land zu Land beträchtliche Unterschiede auf. Schaubild 5.1 vermittelt einen Überblick über die Spannweite des verfügbaren Einkommens je Einwohner zwischen der Region mit dem höchsten und der mit dem niedrigsten Wert eines jeden Landes. Es zeigt sich, dass das regionale Gefälle in Rumänien mit einem Faktor von beinahe 3:1 am höchsten ist. Das bedeutet, dass das verfügbare Einkommen je Einwohner in der Region București – Ilfov fast dreimal so hoch ist wie in Nord-Est. Auch die Slowakei, das Vereinigte Königreich und Italien weisen mit Faktoren von 1,7 bis 1,9 hohe regionale Abweichungen auf. Für Ungarn, Spanien, Polen und Deutschland liegen die jeweils höchsten Werte zwischen 60 % und 67 % über den niedrigsten.

Die regionalen Unterschiede sind in neuen Mitgliedstaaten im Allgemeinen höher als in EU-15-Ländern. Unter den neuen Mitgliedstaaten weist Slowenien mit 12 % die geringste Spannweite zwischen dem jeweilshöchsten und dem niedrigsten Wert auf und liegt damit bereits in der Nähe von Dänemark (5 %) und Österreich (8 %), wo sich die geringsten regionalen Einkommensunterschiede finden. Auch Irland, Finnland, die Niederlande und Schweden, wo die Maximalwerte zwischen 15 % und 25 % über den Minimalwerten liegen, weisen nur maßvolle regionale Abweichungen auf.

Schaubild 5.1 zeigt ferner, dass die Hauptstadtregionen in 13 der 20 Länder mit verfügbaren Daten zu mehreren NUTS-2-Regionen gleichzeitig die höchsten Einkommenswerte aufweisen. Zu dieser Gruppe gehören alle sieben neuen Mitgliedstaaten mit mindestens zwei NUTS-2-Regionen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Hauptstadtregionen wird auch erkennbar, wenn man ihre Einkommenswerte mit den nationalen Durchschnittswerten vergleicht. In vier Ländern (Tschechische Republik, Rumänien, Slowakei und Vereinigtes Königreich) übertreffen die Hauptstadtregionen die nationalen Werte um mehr als ein Drittel. Geringere Werte als die nationalen Durchschnittswerte finden sich lediglich in Belgien und Deutschland.

Für eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage einzelner Regionen ist nicht nur die Höhe von Primär- und verfügbarem Einkommen, sondern auch ihr Verhältnis zueinander von Bedeutung. Karte 5.3 bildet diesen Quotient ab, der einen Eindruck vom Ausmaß der staatlichen Aktivität sowie der sonstigen Transferzahlungen vermittelt. Für den Durchschnitt der EU-27 beträgt das verfügbare Einkommen 86,4 % des Primäreinkommens. Im Jahr 2000 lag dieser Wert ebenfalls bei 86,4 %, der Umfang der staatlichen Eingriffe und der sonstigen Transfers ist während dieses Siebenjahreszeitraumes also unverändert geblieben.

Die niedrigsten Werte finden sich in den Hauptstadtregionen wohlhabender Mitgliedstaaten, insbesondere in Hovedstaden (Dänemark) mit 65,7 % und Stockholm (Schweden) mit 68,3 %; die höchsten Werte treten in ländlichen Regionen abseits der wirtschaftlichen Zentren auf, wie in Lubelskie (Polen) mit 105,9 % und Alentejo (Portugal) mit 105,8 %.

Im Allgemeinen weisen die EU-15-Länder etwas niedrigere Werte auf als die neuen Mitgliedstaaten. Bei einem genaueren Vergleich zeigen sich jedoch typische Unterschiede zwischen den Regionen innerhalb der Mitgliedstaaten. Das verfügbare Einkommen liegt in den Hauptstädten und anderen prosperierenden Regionen der EU-15-Länder meist unter 80 % des Primäreinkommens.

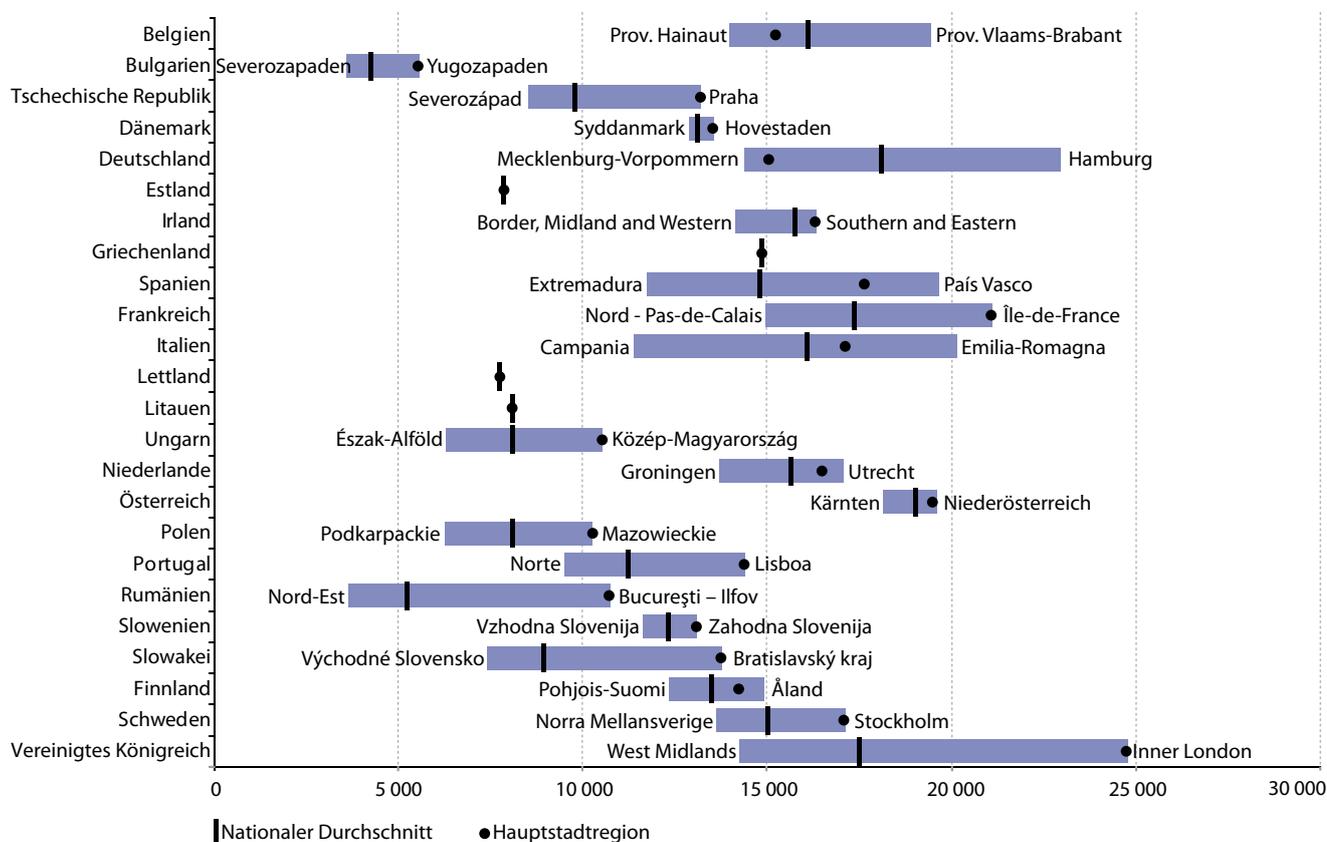
Entsprechend höhere Prozentsätze lassen sich in allen Mitgliedstaaten in den wirtschaftlich weniger wohlhabenden Gebieten erkennen, vor allem am südlichen und südwestlichen Rand der Union, im Westen des Vereinigten Königreichs und in Ostdeutschland.

Dieser Effekt kommt dadurch zustande, dass in Regionen mit relativ hohem Einkommen ein größerer Anteil des Primäreinkommens in Form von Steuern an den Staat abgeführt wird. Gleichzeitig fallen die staatlichen Sozialleistungen niedriger aus als in Regionen mit vergleichsweise geringeren Einkommen.

In den neuen Mitgliedstaaten fällt die regionale Umverteilung meist geringer aus als in den EU-15-Ländern. Für die Hauptstadtregionen liegen die meisten Werte zwischen 75 % und 85 % sowie durchweg am unteren Ende der Rangfolge inner-



Abbildung 5.1: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner (in KKKs), nach NUTS-2-Regionen, 2007 (1)



(1) Belgien, Eurostat Schätzung; Griechenland, nationale Ebene; Départements d'outre-mer (FR9), Zypern, Luxemburg und Malta, Daten nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat ([reg_ehh2inc](#)).

halb der jeweiligen Länder. Daran lässt sich erkennen, dass die Einkommen in diesen Regionen erheblich weniger durch Sozialleistungen gestützt werden als anderswo. Besonders groß fällt der Abstand der Hauptstadtregion zum Rest des Landes mit etwa 15 Prozentpunkten in der Slowakei aus.

In den 24 hier behandelten EU-Mitgliedstaaten gibt es insgesamt 24 Regionen, in denen das verfügbare über dem Primäreinkommen liegt. Es handelt sich um neun polnische Regionen, vier deutsche, je drei bulgarische und portugiesische, je zwei rumänische und britische Regionen sowie eine italienische Region. Karte 5.3 zeigt deutlich, dass es sich dabei um wirtschaftlich besonders schwache Regionen der jeweiligen Mitgliedstaaten handelt. Dabei übersteigt das verfügbare das Primäreinkommen um maximal 5,9 % (Lubelskie in Polen). Deutliche Unterschiede bei der Stützung der Einkommen privater Haushalte zwischen neuen Mitgliedstaaten und EU-15-Ländern lassen sich nicht mehr feststellen.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse sollte jedoch berücksichtigt werden, dass nicht nur monetäre Sozialleistungen des Staates das verfügbare Einkommen über das Primäreinkommen steigen lassen können. Auch die sonstigen Transferzahlungen (z. B. Überweisungen von zeitweise in anderen Regionen arbeitenden Personen) können im Einzelfall eine Rolle spielen.

Dynamik an der Peripherie der Union

Abschließend soll ein Überblick über die mittelfristige Entwicklung der Regionen im Verhältnis zum EU-27-Durchschnitt gegeben werden. Karte 5.4 zeigt anhand des Siebenjahreszeitraumes 2000-2007, wie sich das verfügbare Einkommen je Einwohner (in KKKs) der NUTS-2-Regionen im Vergleich zum Durchschnitt der EU-27 entwickelt hat.



Es zeigen sich zunächst kräftige dynamische Prozesse am Rand der Union; dies gilt insbesondere für Spanien und Irland sowie für die Tschechische Republik, die Slowakei, Rumänien sowie die baltischen Staaten und Finnland.

Auf der anderen Seite fällt eine unterdurchschnittliche Entwicklung der Einkommen in den meisten EU-Gründungsmitgliedern auf. Belgien, Deutschland und Italien sind besonders betroffen; dort fielen die Einkommen auch in nicht besonders wohlhabenden Regionen teilweise erheblich zurück.

Die Spannweite der Entwicklung reicht von jeweils + 33,2 Prozentpunkten des EU-27-Durchschnitts für Bucureşti – Ilfov (Rumänien) bis zu – 24,9 Prozentpunkten in Brüssel.

Trotz des insgesamt deutlichen Aufholprozesses in den neuen Mitgliedstaaten ist die Entwicklung nicht überall gleichermaßen positiv verlaufen: In Ungarn und Polen stiegen die verfügbaren Einkommen in einigen Regionen nur um wenige Prozentpunkte gegenüber dem EU-Durchschnitt. Auf der anderen Seite zeigen die Zahlen in Rumänien und Bulgarien eine sehr ermutigende Entwicklung: Die Region Bucureşti – Ilfov weist mit + 33,2 Prozentpunkten die höchste relative Verbesserung aller EU-Regionen auf, und auch die bulgarische Region Severozapaden (die Region mit dem niedrigsten Einkommen in der gesamten EU) konnte noch um 6,3 Prozentpunkte gegenüber der durchschnittlichen Einkommensentwicklung der Union aufholen. Dennoch bleibt das strukturelle Problem, dass sich in den meisten neuen Mitgliedstaaten das Wohlstandsgefälle zwischen der Hauptstadtregion und den weniger prosperierenden Teilen des jeweiligen Landes weiter vergrößert hat.

Insgesamt hat die Entwicklung zwischen 2000 und 2007 zu einer leichten Verflachung am oberen Rand der regionalen Einkommensverteilung geführt, insbesondere durch beträchtliche relative Rückgänge in Regionen mit hohem Einkommensniveau. Gleichzeitig haben die zehn Regionen am unteren Ende der Rangfolge, die sich alle in Bulgarien und Rumänien befinden, zwischen 3,2 und 9,2 Prozentpunkte im Vergleich zum EU-Durchschnitt aufgeholt.

Schlussfolgerung

Die regionale Verteilung der Haushaltseinkommen weicht in zahlreichen NUTS-2-Regionen von der des Bruttoinlandsproduktes ab, insbesondere weil Pendlerbewegungen beim Einkommen der privaten Haushalte im Gegensatz zum regionalen BIP keinen Einfluss auf die

Ergebnisse haben. Im Einzelfall spielen aber auch sonstige Transferzahlungen und Zuflüsse anderer Einkommensarten, die private Haushalte von außerhalb ihrer Region erhalten, eine Rolle.

Die Gesamtheit der staatlichen Eingriffe und sonstigen Einflüsse führt dazu, dass die Spannweite der verfügbaren Einkommen im Berichtsjahr 2007 zwischen der am meisten prosperierenden Region und der wirtschaftlich schwächsten bei einem Faktor von etwa 6,9 liegt, während das Primäreinkommen je Einwohner bis zu einem Faktor von 10,2 auseinanderklafft. Es lässt sich also festhalten, dass der im Allgemeinen erwünschte Effekt einer Verflachung der regionalen Einkommensverteilung erreicht wird.

In den neuen Mitgliedstaaten bleibt das Einkommensniveau der privaten Haushalte nach wie vor weit hinter dem der EU-15-Länder zurück; lediglich einige Hauptstadtregionen erreichen Einkommenswerte, die über drei Viertel des EU-Durchschnitts hinausgehen.

Eine Analyse über den Siebenjahreszeitraum von 2000 bis 2007 zeigt, dass die Einkommen in den meisten, aber nicht in allen Regionen der neuen Mitgliedstaaten gegenüber dem EU-27-Durchschnitt aufholen. In Rumänien ist ein besonders kräftiger Aufholprozess in Gang gekommen; dies gilt erfreulicherweise nicht nur für die Hauptstadtregion Bucureşti – Ilfov.

Sowohl beim Primär- als auch beim verfügbaren Einkommen zeigt sich eine messbare Tendenz zu einer Verminderung der regionalen Spannweite: Zwischen 2000 und 2007 sank der Faktor zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert des Primäreinkommens von einem Faktor von 14,7 auf 10,2. Beim verfügbaren Einkommen nahm die Spannweite von 11,1 auf 6,9 ab. Diese positive Entwicklung ist zum Teil auf den wirtschaftlichen Aufholprozess in Bulgarien und Rumänien zurückzuführen.

Hinsichtlich der Verfügbarkeit von Einkommensdaten lässt sich feststellen, dass sich die Vollständigkeit insbesondere durch die Aufnahme regelmäßiger Datenlieferungen durch Bulgarien weiter verbessert hat. Damit liegen derzeit regionale Einkommensdaten für 99,3 % der EU-Bevölkerung vor. Sobald ein vollständiger Datensatz zur Verfügung steht, könnten Daten zum Einkommen der privaten Haushalte zusätzlich zum Bruttoinlandsprodukt zur Entscheidungsfindung von regionalpolitischen Maßnahmen herangezogen werden.



Anmerkungen zur Methodik

Eurostat verfügt seit einigen Jahren über regional aufgegliederte Daten für die Einkommenskategorien der privaten Haushalte. Sie werden im Rahmen der regionalen VGR auf NUTS-Ebene 2 erhoben.

Für folgende Regionen liegen noch keine Daten auf der regionalen Ebene NUTS 2 vor: Départements d'outre-mer (Frankreich), Zypern, Luxemburg und Malta.

Der Text dieses Kapitels bezieht sich daher nur auf 24 Mitgliedstaaten bzw. 264 NUTS-2-Regionen. Drei dieser 24 Mitgliedstaaten bestehen aus lediglich einer NUTS-2-Region; dies sind Estland, Lettland und Litauen. Für Griechenland wurden nur Daten auf nationaler Ebene verwendet. Bulgarien hat im Rahmen der Datensammlung von 2009 zum ersten Mal Zahlen für die Referenzjahre 2000-2007 geliefert. Für Belgien wurden die Zahlen für 2007 auf der Grundlage der Regionalstruktur von 2006 geschätzt. Dabei wurde für die nationalen Werte dieselbe nominale Wachstumsrate unterstellt wie für das BIP.

Wegen der eingeschränkten Datenverfügbarkeit mussten für die regionalen Haushaltskonten die EU-27-Werte geschätzt werden. Dabei wurde davon ausgegangen, dass beim Haushaltseinkommen (in KKKs) der Anteil der fehlenden Mitgliedstaaten an der EU-27 ebenso hoch ist wie beim BIP (in KKS). Dieser Anteil beträgt für das Referenzjahr 2007 0,5 %.

Daten, die nach dem 4. März 2010 bei Eurostat eingingen, sind in diesem Kapitel des Jahrbuchs nicht berücksichtigt.